

In Zusammenarbeit mit der Botschaft der Republik Kroatien lädt das
Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog
zum Vortrag von

Stjepan Mesić

Präsident der Republik Kroatien

Südosteuropa aus der kroatischen Perspektive

Begrüßung:

Dr. Rudolf Scholten

Moderation:

Botschafter Dr. Wolfgang Petritsch

Montag | 23. Juni 2008 | 19.00 Uhr

Stjepan Mesić, Präsident der Republik Kroatien

Geboren am 24. Dezember 1934 in Orahovica, verheiratet, zwei Töchter. Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Zagreb, Promotion 1961. Während seines Studiums war Mesić ein bekannter Studentenführer und betrat als Parlamentsabgeordneter (Sabor) die politische Bühne. In den frühen 1970er-Jahren wurde Mesić wegen seiner Teilnahme am sogenannten „kroatischen Frühling“, dessen Ziel die Gleichberechtigung Kroatiens im damaligen Jugoslawien war, verhaftet und zu einem Jahr Haft im Gefängnis Stara Gradiška verurteilt. Anfang der 1990er-Jahre trat er der HDZ/Kroatische Demokratische Union bei, vorerst als Sekretär und bald darauf als Vorsitzender des Exekutivkomitees. Nach den ersten freien Mehrparteien-Wahlen wurde Mesić zum ersten Premierminister der Republik Kroatien gewählt, ein Amt, das er vom Mai bis zum August 1990 innehatte. Vom August 1990 bis Mai 1991 war er als kroatischer Vertreter Vizepräsident in der Präsidentschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens und von Mai bis Dezember deren Präsident. 1992, im bereits unabhängigen Kroatien, wurde Mesić zum Sprecher des Parlaments der Republik Kroatien gewählt. 1994 gab er, aufgrund von Meinungsverschiedenheiten wegen der Politik gegenüber Bosnien und Herzegowina diese Funktion auf und gründete, nachdem er die HDZ verlassen hatte, eine neue Partei, die HND, die Unabhängigen Kroatischen Demokraten. Die HND spaltete sich im Jahr 1997, ein Großteil der HND-Mitglieder trat der HNS, der Kroatischen Volkspartei bei, in der Mesić das Amt des geschäftsführenden Vizepräsidenten bekleidete und Vorsitzender der Stadtorganisation der HNS in Zagreb war. Am 7. Februar 2000, als Mesić zum Präsidenten der Republik Kroatien gewählt wurde, legte er all seine Funktionen in der HNS nieder, um Präsident aller Kroaten zu sein. Am 16. Jänner 2005 wurde er als Präsident der Republik Kroatien wiedergewählt.

Wolfgang Petritsch

Botschafter, Leitung der Ständigen Vertretung Österreichs bei der OECD in Paris, vormals Leiter der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen, der WTO und der UNO-Abrüstungskonferenz in Genf (2002-2008); von 1999 bis 2002 als Hoher Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft Zivilverwalter von Bosnien und Herzegowina; 1998/99 Kosovo-Sondergesandter und Chefverhandler der EU in Rambouillet und Paris. Mitglied des Vorstands des Bruno Kreisky Forums.

Rudolf Scholten

Präsident des Bruno Kreisky Forums.

Mit freundlicher Unterstützung der Mobilkom Austria Group

Franz Vranitzky

Ich freue mich, heute Abend den Präsidenten der Republik Kroatien, Herrn Stjepan Mesić, bei uns begrüßen zu dürfen. Sehr geehrter Herr Präsident, seien Sie herzlich willkommen. Ich bitte Sie, mit uns diesen Abend, der ein denkwürdiger für das Kreisky Forum sein wird, zu gestalten in einer Zeit, in der die Republik Österreich und die tragenden politischen Kräfte unseres Landes in höchstem Maße daran interessiert sind, nicht nur die gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit Ihrem Land – ich füge hinzu, gutnachbarschaftlich auch unter dem Aspekt,

dass Österreich und Kroatien gar keine gemeinsame Grenze haben – weiter auszubauen und an einem Abend, an dem Sie uns die Freude machen und die Ehre geben, hier ein Referat zu halten, auch darüber nachzudenken, wie wichtig und wie essenziell es für das mitteleuropäische Zusammenleben ist, wenn die Bemühungen Kroatiens, Mitglied der Europäischen Union zu werden, Früchte tragen, und es letztendlich in einer überschaubaren Zukunft auch dazu kommen wird, dass Ihr Land mit uns gemeinsam und mit 26 anderen gemeinsam dem aus meiner Sicht Europa-lebenswichtigen Projekt Europäische Union Integrationsprojekt angehören wird.

So sehr der heutige Abend durch Ihre Anwesenheit zu Befriedigung und zu positivem Denken Anlass gibt, so sehr muss man doch auch realistischerweise zur Kenntnis nehmen, dass dieses europäische Integrationsprojekt, welches mehr als ein halbes Jahrhundert schon auf der Welt ist und welches die fürchterlichen Gräben, die Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchzogen haben, zugeschüttet und begraben hat, so sehr muss es einem doch Sorge machen und zu Nachdenken anregen, dass es insbesondere durch die missglückte Abstimmung in Irland über den Vertrag von Lissabonn zu einer doch bedeutsamen Komplikation innerhalb des europäischen Einigungswerks gekommen ist. Viele Meinungsäußerungen wurden dazu schon abgegeben, viele Forderungen wurden erhoben, und so manche Resignation ist angesagt worden in den vergangenen Tagen nach dem irischen Votum. Lassen Sie mich nur einen Aspekt herausgreifen, nämlich den, dass gar nicht so wenige namhafte Vertreter europäischer Nationen dazu raten, ein Europa der so genannten zwei Geschwindigkeiten anzugehen, in dem nämlich die einen, die eben nicht wollen, zurücklässt, und die anderen, die sehr wohl wollen, ihren eigenen Weg gehen, was aber bedeuten würde, dass es eine Gruppe gibt, die sagt, wir marschieren weiter auf dem Weg der Integration und kümmern uns nicht sehr um die andere Gruppe, die das nicht so will. Hinter diesen Wortspenden und Diskussionsbeiträgen und sehr Ernst zu nehmenden Ansichten steht aber eine ganz andere elementare Frage, nämlich die Frage, was wollen denn die Mitglieder der Europäischen Union im Endausbau dieses Integrationswerks.

Der Vertrag von Rom 1957 stellt ja eindeutig fest, dass am Ende einer Entwicklung eine politische Union stehen soll. Und meine Befürchtung bzw. meine Wahrnehmung ist, dass so manche Staatslenker sich um die Frage, was wir denn wollen, eine politische Union ist gleich eine Integration auf der einen Seite oder aber, was andere sagen, eine Freihandelszone auf der anderen Seite das erstrebenswerte Ziel ist. Und sofern wir politisch in Europa auf der Ebene der Staatslenker diese Frage nicht für uns eindeutig beantworten, so lange wird es auch gar nicht leicht möglich sein, der Idee eines Europa der zwei Geschwindigkeiten etwas entgegenzusetzen. Da sind die, die die Integration auf ihre Fahnen geheftet haben, also eine gemeinsame Außenpolitik, eine gemeinsame Sicherheitspolitik, eine abgestimmte Sozialpolitik, eine abgestimmte Wirtschafts- und Fiskalpolitik, und vieles andere mehr, wogegen andere im äußersten Westen eines Europas – ich meine jetzt nicht Irland, sondern das vorgelagerte größere Inselreich – sich ja tatsächlich sträuben. Dann haben wir noch einige der uns ja sehr willkommenen neuen Mitgliedsländer in der Europäischen Union. Wir haben ja hier einen sehr wesentlichen Nachbarn in unserem Norden, der jedenfalls von der Staatsspitze aus immer ein bisschen offenlässt, ob nun dieses Land der europäischen Integration beigetreten ist oder die europäische Integration diesem Land beigetreten ist. So lange diese Fragen nicht wirklich politisch geklärt sind, werden wir es für das gemeinsame Europa schwer haben.

Verehrter Herr Präsident, wir wissen und wir kennen die Bemühungen, die Anstrengungen, die Initiativen Ihres Landes, Ihrer Person, auch der Vertreter Ihrer Regierung, dass der Zustand, nämlich vom Kandidaten des Beitritts zum vollendeten Beitritt, ein wesentliches, ein wichtiges Anliegen ist. Sie werden in Österreich wenige Leute finden, die dieses Anliegen nicht ebenso vertreten und verstehen und die die Verwirklichung dieses Anliegens auch wollen. Ich möchte Sie sehr gerne gerade unter diesem Aspekt noch einmal hier herzlich willkommen heißen und Sie bitten, mit nach Hause zu nehmen, dass ein Großteil der Österreicher in besonderem Maß daran interessiert ist und es ihnen ein Anliegen ist, auch ein emotionales Anliegen, diesen Schritt Kroatiens in die Europäische Union sehr bald verwirklicht zu sehen. Wir freuen uns sehr auf Ihre Ausführungen. Vielen Dank, dass Sie heute zu uns gekommen sind.

Stjepan Mesić

Sehr geehrte Damen und Herren,

Über das Thema „Südosteuropa aus der kroatischen Perspektive“ lässt sich sowohl wenig als auch viel sagen. Am einfachsten wäre es, und dabei auch vollkommen richtig, wenn ich sagen würde, dass ich aus kroatischer Perspektive ganz Südosteuropa – und zwar vollständig und ausnahmslos – im Schoße eines vereinigten Europas als Teil der Europäischen Union sehe.

Dies ist natürlich das endgültige Ziel, und ich hege auch keine Zweifel darüber, dass alle Länder Südosteuropas in absehbarer Zukunft in die Europäische Union aufgenommen werden. Dies muss sowohl um der EU willen geschehen, die keine „graue Zone“ in ihrem Gewebe zulassen kann, aber auch um der betroffenen Länder willen, die es sich auch nicht leisten können, aus dem vereinten Europa ausgegrenzt zu werden.

Dies sage ich unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse des unlängst abgehaltenen Referendums in Irland und der eventuellen Folgen dieser Volksabstimmung. Ich muss jedoch hinzufügen, dass ich solche Aussagen wie: Es werde zur keiner künftigen Erweiterung kommen, solange der Lissaboner Vertrag nicht ratifiziert sei, und dies gelte auch für Kroatien, als besorgniserregend empfinde.

Dies ist aus mehreren Gründen schlecht. Erstens, ist dies nicht gut für die EU, weil sie – indem man auf die Form achtet und die Inhalte dabei aus den Augen verliert – sich selbst auf dem Wege zur Verwirklichung und Vollendung der tatsächlichen Vereinigung Europas behindert. Zweitens, ist dies auch für mein Land nicht gut, weil ich nun keine Zweifel daran habe, dass die EU-Zustimmung abnehmen wird und diejenigen, die sich eine Rückkehr zur Isolation wünschen, frohlocken werden. Und drittens, ist dies auch für die Region nicht gut, weil Kroatien in Bezug auf die EU als eine Triebkraft in der Region galt, als eine Zugmaschine, die alle Länder auf dem Weg in die EU vorangetrieben hat. Und wenn sich trotz der erzielten Erfolge für uns die Tür zur EU verschließt – sei es auch nur vorübergehend –, können Sie sich leicht ausmalen, wie dies in anderen Ländern der Region aufgefasst wird.

Daher darf es zu keinem Erweiterungsstopp und Abbruch des Integrationsprozesses in Europa kommen. Ich wiederhole: Dies darf nicht geschehen!

Die Europäische Union ist, wie ich zu sagen pflege, ein Jahrtausendprojekt, das Europa letztendlich zu einem Kontinent des Friedens machen wird. Dieses Vorhaben darf weder in Frage gestellt noch unterbrochen werden. Es ist daher meine feste Überzeugung, dass die EU-Erweiterung vorangehen muss und zur gegebenen Zeit auch alle Länder Südosteuropas miteinschließen sollte. Ich möchte auch daran glauben, dass es dazu kommen wird.

Damit hätten wir das absolviert, was einmal kommen wird, wozu es einfach kommen muss. Doch die Frage, auf die Sie – meiner Meinung nach – heute Abend von mir eine Antwort erwarten, lautet: Wie sieht Südosteuropa gegenwärtig aus, und zwar aus der Perspektive Kroatiens? Egal wie paradox sich das auch anhören mag, glauben Sie mir: Die Frage, was derzeit geschieht, ist durchaus nicht leichter zu beantworten als die Frage über die künftige Entwicklung.

Im Südosten Europas sind wir nämlich Zeugen eines interessanten Phänomens. Eines zwar spannenden Phänomens, das jedoch auch eine Gefahr birgt. Einerseits stehen wir, wie ich zu sagen pflege, zweifellos vor der Vollendung der neuen Architektur in diesem Teil Europas, doch andererseits geht diese Entwicklung nicht Hand in Hand mit einer Stärkung der Stabilität in der Region. Mit anderen Worten: Der Zusammenbruch des ehemaligen föderativen Staates Jugoslawien ist definitiv vollzogen, doch auf dem Gebiet dieses Staates, das von der Landkarte verschwunden ist, bzw. in den neuen Staaten und zwischen ihnen sind nicht automatisch auch stabile Beziehungen entstanden.

Ich bin natürlich gerne bereit, alle ihre Fragen hierzu zu beantworten, und werde mich daher in meinem Vortrag nur auf einige wichtige Stichworte beschränken. Oft konnte ich mich selbst davon überzeugen, dass die Menschen nicht verstehen, was sich in Südosteuropa abspielt, weil sie die Geschichte unserer Region nicht kennen. So sah ich mich oftmals gezwungen, in die Rolle eines Geschichtspeters zu schlüpfen, weil ich ihnen zuerst die Ursachen und die kausalen Zusammenhänge erklären musste.

Ich glaube jedoch, dass es hier in Wien auf diesem Forum, das den Namen des herausragenden österreichischen und europäischen Politikers Bruno Kreisky trägt, keinen Bedarf nach einem solchen Geschichtsexkurs gibt. Daher werde

ich mich auf die Gegenwart sowie die Ereignisse, die ihr unmittelbar vorausgingen, beschränken. Die Zukunft habe ich ohnehin bereits umrissen.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung, um klarzustellen, worüber ich spreche: Unsere slowenischen Freunde werde ich in dieser Erörterung ausklammern, einerseits weil sie sich sehnlichst wünschen, nicht nur im Zusammenhang mit Südosteuropa betrachtet zu werden, und andererseits vor allem weil die Republik Slowenien bereits ein Mitglied der EU und der NATO ist. Damit will ich jedoch nicht sagen, dass ihr Verhalten, mitunter auch Kroatien gegenüber, keine Auswirkungen auf die Lage in der Region hat oder haben kann.

Die Region Südosteuropa hegt zweifelsohne den Ehrgeiz und die Bestrebung, in die europäischen Integrationen eingebunden zu werden, und der Großteil dieser Länder strebt außerdem die Aufnahme in euroatlantische Strukturen an. Dies ist unsere Gemeinsamkeit, darüber sind wir uns alle einig, und darauf sollte unter anderem auch unser Interesse an guten gegenseitigen Beziehungen beruhen. Doch die Lage in einzelnen südosteuropäischen Ländern ist durchaus unterschiedlich, sodass wir sie in der Tat einzeln betrachten müssen.

Bosnien und Herzegowina lebt nach einem brutalen Krieg in Frieden, den das Daytoner Abkommen brachte. Dieses Abkommen war Segen und Fluch gleichermaßen. Ein Segen, weil dadurch der Krieg beendet wurde, und ein Fluch, weil durch dieses Abkommen zum einen die Kriegsergebnisse anerkannt und teilweise sanktioniert wurden, was vor allem durch die Schaffung einer durch ethnische Säuberungen entstandenen Entität unter dem Namen Republika Srpska zum Ausdruck kam.

Zum anderen liegt der „Daytoner Fluch“ auch darin, dass die zentralstaatlichen Institutionen von Anfang an mit sehr schwachen Kompetenzen ausgestattet waren und praktisch keinerlei Einfluss hatten, sodass das heutige Bosnien und Herzegowina noch immer nicht als moderner, demokratischer Staat funktioniert und auch nicht funktionsfähig sein kann. Lange, viel zu lange begnügten sich die ausländischen Tutoren dieses Landes damit, die Abhaltung von Wahlen als endgültigen Beweis für die Transformation Bosniens in ein demokratisches, lebensfähiges Land zu deuten.

Dies ist jedoch eine gefährliche Simplifizierung, um es gelinde zu formulieren.

Das Amt des Hohen Vertreters der Völkergemeinschaft war ursprünglich als eine Art Gouverneur von Bosnien und Herzegowina, als allmächtiger Korrektivfaktor gedacht, der praktisch auch das Land verwalten könnte, falls sich die Akteure vor Ort nicht so verhalten, wie man es von ihnen erwartet – lesen Sie die Daytoner Abkommen, wenn Sie mir nicht glauben, und der Botschafter Petritsch wird dies gewiss bestätigen können. Doch die Inanspruchnahme dieser Befugnisse, die es gewiss gibt, hing zum größten Teil von der Person des Hohen Vertreters selbst, aber auch davon ab, was einzelne einflussreiche Mitglieder der Völkergemeinschaft zu einem gewissen Zeitpunkt wirklich erreichen wollten.

So hat nach meinem Dafürhalten auch der Hohe Vertreter seine eigentliche Funktion nicht erfüllt und konnte ihr aus objektiven Gründen auch gar nicht gerecht werden. Daher ist Bosnien noch heute ein in zwei Entitäten geteilter Staat, wobei eine dieser Entitäten zweifelsohne den Ehrgeiz hat, als Staat im Staate zu funktionieren und vielleicht sogar zum Zerfall des Staates, in dem sie sich befindet, beizusteuern, während die andere Entität, die von Anfang an ein politisches „Frühchen“ war, eher schlecht als recht funktioniert, und dennoch oftmals den einheitlichen Staat dabei behindert, auf eigenen Beinen zu stehen.

Drei Dinge sind im Falle Bosnien und Herzegowinas notwendig, ja unabdingbar: Erstens muss Kroatien in einer an die bosnischen Kroaten gerichteten Botschaft diesen eindeutig sagen, dass Bosnien ihre Heimat und Sarajewo ihre Hauptstadt ist und dass sie ihre Probleme dort lösen müssen. Das haben wir auch getan. Zweitens muss die Republik Serbien an die Serben in Bosnien und Herzegowina die Botschaft entsenden, dass Bosnien ihre Heimat und Sarajewo ihre Hauptstadt ist und dass sie dort die Lösung ihrer Probleme suchen müssen. Auf eine solche Botschaft warten wir noch. Drittens sollte die Völkergemeinschaft an alle, die sich eine Aufteilung Bosniens herbeiwünschen oder sie planen, die Botschaft richten, dass Bosnien und Herzegowina als einheitlicher Staat mit drei gleichberechtigten, konstitutiven Völkern aufrechterhalten werden muss und dass keinerlei Aufteilung in Betracht kommt.

Um es nochmals zu unterstreichen: Diese drei Dinge sind die Grundsteine für die Zukunft Bosniens und Herzegowinas. Um auf diesem Fundament weiterzubauen, müsste die Bereitschaft bestehen, das Daytoner Abkommen weiter zu entwickeln, um Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Bosnien und Herzegowina als einheitlicher – ich sage nicht: unitärer – Staat funktionieren kann. Daher halte ich die Initiativen zur Abschaffung des Amtes des Hohen Vertreters für verfrüht, außerdem könnten sie unerwünschte und negative Auswirkungen zur Folge haben.

Ein friedliches und stabiles Bosnien und Herzegowina, das im Einklang mit seinen Leistungen und gemäß dem Tempo ihrer Umsetzung seinen Weg in die Europäische Union beschreitet, liegt auch im Interesse Kroatiens. Wir sind bereit, Bosnien auf diesem Weg unsere Unterstützung in jeglicher Form anzubieten. In diesem Zusammenhang begrüße ich auch die unlängst erfolgte Unterzeichnung des Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommens zwischen Bosnien und Herzegowina und der EU. Ich bin fest überzeugt, dass dies der richtige Schritt auf dem richtigen Wege ist.

Die Republik Serbien steht derzeit im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit, und zwar aus gutem Grund. Die innenpolitische Szene ist nach den unlängst abgehaltenen Wahlen nicht stabiler geworden, ganz im Gegenteil. Es zeichnen sich hier eher Elemente ab, die zu einer erhöhten Instabilität führen. Wir in Kroatien sind da besonders sensibel, nicht nur weil wir auf politischer Ebene sehr viel in die Normalisierung der Beziehungen zu Serbien und die Überwindung der Kriegsfolgen, die noch immer eine Art „Hypothek“ darstellen, investieren mussten, sondern auch weil wir uns dank unserer Erfahrungen aus der Vergangenheit bewusst sind, dass die Beziehungen zwischen Kroatien und Serbien nie ausschließlich als zwischenstaatliche Angelegenheit betrachtet werden können, sondern sich in der gesamten Region niederschlagen.

Ich möchte mich bewusst eines Kommentars zu den Trends auf der innenpolitischen Szene Serbiens enthalten. Noch weniger möchte ich mich auf eine Analyse dieser oder jener Koalition einlassen, die künftig dieses Land regieren wird. Dies ist eine Sache der serbischen Bürger und ein Ergebnis ihrer Orientierung, die sie bei den Wahlen zum Ausdruck gebracht haben. Aber dies hängt auch mit der Verantwortung der Politiker zusammen, denen die Bürger bei den Wahlen ihr Vertrauen geschenkt haben. Es liegt nun bei ihnen zu beurteilen, wofür sie diese Unterstützung bekommen haben, und sie sollten sich auch danach richten.

Eines muss ich dennoch ansprechen: Ein demokratisches, zukunftsorientiertes Serbien, das nicht der Vergangenheit verhaftet und in ein Netz aus historischen Mythen, oftmals auch Lügen verstrickt ist, ein demokratisches Serbien, das den Mut aufbringt, der Wahrheit über die Geschichte ins Auge zu schauen, das ein Teil des vereinigten Europas werden möchte und bereit ist, EU-Standards zu übernehmen und EU-Kriterien zu erfüllen – ein solches Serbien liegt im Interesse aller seiner Bürger, aber auch im Interesse Kroatiens sowie der ganzen Region.

Ich hoffe und wünsche mir aufrichtig, dass ein solches Serbien unser Nachbar sein wird. Kroatien, das auf dem Weg in die EU von allen Ländern Südosteuropas am meisten vorangeschritten ist, wird gerne bereit sein, dieses Serbien auf unserem gemeinsamen Weg zu unterstützen. Dazu muss ich noch anmerken, dass all dies unter der Voraussetzung gilt, dass es in der Erweiterungspolitik der EU zu keinen drastischen Veränderungen kommt, weil dies in Bezug auf die proeuropäischen Kräfte in Serbien verheerende Folgen haben könnte.

Vor einigen Monaten hat sich die Lage in unserem Teil des Alten Kontinents durch die Proklamation der Unabhängigkeit Kosovos zusätzlich verkompliziert. Gerade das Gegenteil hätte eintreffen sollen, aber dies ist nicht, oder zumindest noch nicht, geschehen. Dazu möchte ich ganz kurz Folgendes sagen: Kosovo gehörte einst als autonome Provinz zu Serbien, doch Kosovo war zugleich auch ein konstitutiver Bestandteil der jugoslawischen Föderation. Wer dies überprüfen möchte, möge nur Artikel 1 der jugoslawischen Verfassung aus dem Jahr 1974 lesen. Nachdem die Föderation nicht mehr existierte, konnten in Serbien diese konstitutiven Rechte nicht mehr verwirklicht werden, sodass sich logischerweise die Frage nach dem Status des Kosovo stellte.

Wir wären natürlich überaus glücklich gewesen, wenn man bei den Verhandlungen zwischen Belgrad und Priština eine Lösung gefunden hätte, doch dies war allerdings nicht der Fall. Belgrad hat leider auch nach der Überstellung Miloševićs an das Haager Tribunal nie versucht, die Autonomie Kosovos, die von Milošević auf gröbste Weise aufgehoben worden war, wiederherzustellen. Belgrad hat nicht einmal die Politik Miloševićs gegenüber dem Kosovo

und auf dem Kosovo verurteilt. Bei einer solchen Ausgangssituation konnte man schwerlich einen Durchbruch bei den Verhandlungen erwarten. Angebote aus Belgrad kamen erst dann, als praktisch alles schon beendet war, und ihr gemeinsamer Nenner ist: zu wenig und zu spät.

Durch die hartnäckige Weigerung, die Unabhängigkeit Kosovos als Tatsache anzuerkennen, zeigt Serbien nur seine Unfähigkeit, die Realität zu akzeptieren, und durch die Anwendung einer Art abgeschwächter Hallsteindoktrin gegenüber all jenen Ländern, die Kosovo anerkannt haben, stürzt sich Serbien auf der Ebene der internationalen Beziehungen selbst in die Isolation. Das ist weder für Serbien gut noch für die Region.

Das Schlimmste aber sind die Signale, die in einzelnen politischen Kreisen in Serbien zu vernehmen sind und aus denen zu schließen ist, dass bereits auf eine Instrumentalisierung der in Kosovo lebenden Serben hingewirkt wird mit dem endgültigen Ziel, das Land aufzuteilen. Doch das kommt überhaupt nicht in Betracht, weil es der Auftakt zu einer äußerst schwerwiegenden Destabilisierung der Lage in der ganzen Region wäre.

Hinsichtlich der Länder, die ihren Standpunkt gegenüber dem Kosovo dadurch begründen, dass die Anerkennung dieses neuen Staates ein Präzedenzfall wäre, möchte ich nochmals festhalten: Im Unterschied zur Autonomie einzelner Gebiete der ehemaligen UdSSR, die ausschließlich ein Bestandteil der jeweiligen [einstigen] Teilrepubliken waren, und im Gegensatz zu Republika Srpska, die es vor dem Krieg und den ethnischen Säuberungen überhaupt nicht gab, war Kosovo ein konstitutiver Bestandteil des Föderativen Staates Jugoslawien. Dies ist also ein Fall „sui generis“, der mit keinem anderen Fall verglichen werden sollte und auch nicht verglichen werden kann.

Nun möchte ich kurz und zusammenfassend auch etwas über Mazedonien und Montenegro sagen. Es handelt sich um Reformländer mit einer klaren europäischen Ausrichtung. Montenegro hat die friedliche Abspaltung von Serbien überraschend gut verkraftet und seine Unabhängigkeit erlangt. Als Land, das seine Umweltfreundlichkeit auch offiziell proklamiert, weist Montenegro sehr gute Voraussetzungen für die Entwicklung des Fremdenverkehrs auf und hat, wie ich meine, eine aussichtsreiche Zukunft. Unsere bilateralen Beziehungen sind trotz des jüngsten Krieges sehr gut. Die noch immer offene Frage des Grenzverlaufs werden wir einvernehmlich vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag klären, sodass künftig unsere Beziehungen dadurch nicht belastet werden, obwohl ich hierzu anmerken muss, dass auch die vorläufige Lösung, die derzeit Anwendung findet, ziemlich gut funktioniert.

Unsere Beziehungen zur Republik Mazedonien sind ebenfalls gut. Wir bedauern, dass im Streit mit Griechenland um den Namen des Staates kein Fortschritt erzielt werden konnte. Ich glaube dennoch nicht, dass man von den Mazedoniern in irgendeiner Weise verlangen sollte, auf ihre Identität bzw. ihren Namen zu verzichten. Sowohl mit Mazedonien wie auch mit Montenegro tauschen wir unsere Erfahrungen hinsichtlich der EU-Beitrittsverhandlungen aus.

Die unlängst in Mazedonien durchgeführten Parlamentswahlen zeigen, dass es auch in diesem Land noch Elemente gibt, die zur Instabilität führen könnten, doch meiner Einschätzung nach stellen diese weder eine ernsthafte Gefahr für das Land selbst noch für die Region dar.

Ich komme zum Schluss und stelle fest: Südosteuropa ist auf dem Weg in die Europäische Union.

Für diese Region gibt es keinen anderen Weg!

Dieser Weg wird weder leicht noch einfach sein. Zum einen ist die Region noch immer nicht vollkommen stabilisiert und befriedet, und zum anderen ist man sich bei der Einschätzung darüber, wie es weitergehen soll, auch in Europa nicht einig. Je schneller es den einzelnen Ländern in dieser Region gelingen wird, innere Stabilität herzustellen, die ihnen einen konstruktiven Zugang zur regionalen Zusammenarbeit ermöglicht, desto schneller werden sie auch in der Lage sein, europäische Standards zu übernehmen und die Beitrittskriterien zu erfüllen.

Abschließend möchte ich noch einmal hervorheben, dass aus der Sicht Kroatiens die gesamte Region im vereinigten Europa ihren Platz haben sollte, denn dies ist der einzige Weg zur Überwindung der Lasten aus der jüngsten wie auch der länger zurückliegenden Vergangenheit, die zuweilen ein Hindernis bei der Förderung der gegenseitigen

Beziehungen in der Region darstellen können. Erst als Mitglieder der Europäischen Union werden wir unsere Kapazitäten vollständig ausbauen können und von der Union nicht nur nehmen, sondern ihr selbst auch etwas geben.

Keiner von uns möchte der Union wie ein Bettler mit ausgestreckter Hand begegnen. Ausgehend von unserer reichen Geschichte, Tradition und Kultur haben nämlich auch wir etwas anzubieten.

Und genau das ist es, was wir wollen.

Es wäre nicht gut, wenn die Union diese hingehaltene Hand, die nicht bittelt, sondern etwas anzubieten hat, ausschlagen würde!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Wolfgang Petritsch

Sehr geehrter Herr Präsident, am lang anhaltenden Applaus haben Sie gemerkt, dass das Interesse an Ihrer Person und dem Gesagten hier im Bruno Kreisky Forum sehr groß ist. Wir danken Ihnen sehr herzlich für Ihre Ausführungen.

Herr Präsident, was mir aufgefallen ist bei Ihrer Rede, die sich mit Südosteuropa befasst und die auf den ex-jugoslawischen Raum abgestellt war, ist, dass Sie Slowenien nur kurz berührt, aber nicht wirklich abgehandelt haben. Südosteuropa ist größer als das frühere Jugoslawien. Ich meine hier insbesondere Albanien und die zwei jüngsten Mitglieder in der Europäischen Union Bulgarien und Rumänien. Ich würde gerne Ihre Einschätzung hören über die Situation in Albanien und dann vielleicht auch noch einige Worte über die Erfahrungen, die Kroatien gerade jetzt in den Beitrittsverhandlungen in der Region gemacht hat. Ich möchte Sie ersuchen um eine Einschätzung Albanien, der politischen Situation, und deren Aspiration in Richtung Europäische Union. Das ist auch deshalb nicht uninteressant, weil die albanische Frage im Zusammenhang mit Kosovo durchaus relevant ist. Ich bin im übrigen der Meinung, dass sich Albanien im Kosovo-Konflikt politisch durchaus vorbildlich verhält.

Stjepan Mesić

Was Albanien anbelangt, kann ich sagen, dass wir dort relevante politische Kräfte haben, die pro-europäisch orientiert sind, obwohl dieses Land am längsten isoliert war. In diesem Lande gab es sehr lange Zeit auch keine Kapazitäten, um in einem schnelleren Tempo überhaupt an den Integrationsprozessen in Europa teilzuhaben. Es ist diesem Lande aber dennoch gelungen, dies zu überwinden. Die europäischen Kräfte konnten dort obsiegen. Albanien durchläuft heute jene Stufen, die in Richtung EU führen. Was auch bedeutsam ist und was ich in meinem Vortrag nicht angesprochen habe, ist die Tatsache, dass wir in Albanien eigentlich keine Kräfte vorfinden, die ein großes Albanien anstreben würden. Das heißt, in diesem Sinne besteht keine Gefahr, dass die Unabhängigkeit des Kosovo dazu führen würde, dass man sich eine Erweiterung Albanien wünscht, was dann dazu führen würde, dass auch die weitere Existenz, der Fortbestand Mazedoniens gefährdet wäre, weil wir haben ja auch eine sehr starke albanische Gemeinschaft in Mazedonien. Gerade aus diesem Grund, weil Albanien seine strategischen Ziele darin sieht, dass man erstens Mitglied in der Europäischen Union werden möchte und zweitens auch die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, mitunter auch mit dem Kosovo, ein wichtiges strategisches Ziel ist, sehe ich diese Gefahr gemindert. Denn es gab viele in Europa, denen die Unabhängigkeit Kosovos Sorgen machte, ob da nicht auf dem Kosovo und auch in Albanien jetzt Kräfte entstehen, die verlangen werden, beide Länder miteinander zu verbinden, damit dadurch ein großes Albanien entsteht. Einerseits konnten wir diese imperialistischen Bestrebungen Serbiens stoppen, die darauf ausgerichtet waren, die Grenzen Serbiens auszudehnen. Andererseits hätten wir dann eine neue Gefahr, die darin bestünde, dass man den Wunsch nach einem großen Albanien hegen könnte. Dies wird aber nicht geschehen. Und deswegen ist es auch wichtig, Albanien dabei zu unterstützen, sein eigenes Potenzial zu aktivieren, zu mobilisieren. Denn die Bevölkerung in diesem Land sollte einen besseren Lebensstandard bekommen, eine bessere Zukunft vor sich haben.

Was die Unterstützung, die Hilfe Europas gegenüber Albanien anbelangt, besonders hilfreich wäre es, Mittel zu finden, dass die Autobahn, die Straße entlang der Adria in Richtung kosojonisches Meer vollendet wird. Denn, wenn

Sie in einem Land eine Autobahn haben, dann wird auch die Entwicklung nachziehen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist durch den Ausbau des Autobahnnetzes gesichert, und auch die politische Lage wäre dadurch automatisch stabiler. Wir hätten dort nämlich eine Autobahn, die Italien, teilweise Slowenien, Kroatien, teilweise Bosnien und Herzegowina, Montenegro mit Albanien, Griechenland und anderen Ländern verbinden würde, denn diese Strecke würde dann weiterführen in Richtung Türkei. Eine solche Autobahn, die auch rein physisch diesen gesamten Raum integriert, miteinander verbindet, würde eine leichtere Kommunikation des Südosten Europas mit anderen Teilen Europas ermöglichen. Wir haben hier Albanien und Montenegro und auch Bosnien und Herzegowina und auch Griechenland, die dadurch viel gewinnen würde. Das wäre wiederum eine physische Verbindung mit dem Westen Europas. Zweifelsohne ist es wichtig für den Einigungsprozess in Europa, dass kein Teil Europas abgeschnitten bleibt. Daher glaube ich, dass man diese Verkehrsverbindung nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Finanzen betrachten sollte, denn das wäre ein kurzfristiges Denken. Dadurch könnte man langfristig betrachtet auch in finanzieller Hinsicht profitieren. Aber auch politisch würde man sehr viel hinzugewinnen. Wir könnten auch politisch diesen Teil miteinbeziehen.

Denn wenn wir über den Südosten Europas sprechen, und dazu gehört auch Albanien, dort müssen wir jetzt nur Länder sehen, die auf eine Hilfe Europas angewiesen sind. Ich bin dagegen, dass man solche Vorurteile hegt, dass man davon ausgeht, dass so ein Land wirklich hilfsbedürftig ist, wenn es eine Unterstützung braucht zu einer gewissen Zeit, um über die Runden zu kommen, sei es humanitäre Hilfe, sei es Hilfe in Nahrung oder Medizin. Es kann ja dazu kommen, dass man eine gewisse Zeit lang auf diese Hilfe angewiesen ist. Aber das hilft einem Land dann auch, das eigene Potenzial auszubauen, denn jedes Land hat ein eigenes Potenzial und eigene Ressourcen. Und diese müssen wir ausbauen. Deswegen ist es immer gut, wenn wir partnerschaftliche Beziehungen ausbauen. Wir haben ja die Europäische Entwicklungsbank. Diese partnerschaftlichen Banken könnten dazu beitragen, diese physische Verbindung herzustellen.

Nun zum Thema Bulgarien und Rumänien. Wir haben beiden Ländern natürlich zum EU Beitritt gratuliert. Wir haben mit beiden Ländern eine gute Zusammenarbeit. Dort gibt es noch immer nicht die Standards, die im Großteil der Europäischen Union heutzutage schon bestehen. Aber gut, die Länder sind auf dem Wege, auch die bestehenden Probleme aus der Welt zu schaffen, eine Lösung für sie zu finden. Ich möchte jetzt noch etwas wiederholen. Der Einigungsprozess in Europa ist in der Tat ein Jahrtausendprojekt. Dieses Millenniumsprojekt sieht eine Vereinigung Europas vor. Dies würde bedeuten, dass wir das gesamteuropäische Potenzial bündeln können. Dadurch würde Europa zu einem wichtigen einflussreichen Faktor werden, zu einem Kontinent des Friedens, in dem der Krieg überhaupt als Mittel demnächst ausgeschlossen sein wird. Darin müssen wir die politische Bedeutung der Europäischen Union erkennen. In dem Moment, wo die Grenzen Europas offen sind, wenn wir keine Grenzen zwischen den einzelnen Ländern haben, wenn auf dem Weg europäischer Mechanismen in europäischen Einrichtungen auf demokratischem Weg Entscheidungen getroffen werden, wenn diese Mechanismen sowohl dem Großen wie auch dem Kleinen gerecht werden, wenn die Interessen sowohl der kleinen wie auch der großen Länder wahrgenommen werden, wenn wir das gesamte Potenzial im Bereich der Wirtschaft, der Wissenschaft, im Bereich der Kultur oder in anderen Bereichen bündeln, werden wir in Europa einen starken Partner gegenüber den USA bekommen. Warum ist es also wichtig, dass es in Europa nie wieder zum Krieg kommt, dass der Krieg als politisches Mittel überhaupt ausgeschlossen wird? Wir haben in Europa auch viele nationale Minderheiten. Und die nationalen Minderheiten in den jeweiligen Ländern sollten auch zu Brücken werden für eine Zusammenarbeit. In der Geschichte war es bislang nicht so. Denn wir hatten nationale Minderheiten, und das Volk auf der einen Seite der Grenze wollte diese nationale Minderheit entweder assimilieren oder eliminieren. Und heutzutage spielen die nationalen Minderheiten eine ganz andere Rolle. Sie entwickeln sich zu einer Art Brücke, zu einem Amalgam, das die Länder, die Völker miteinander verbindet. Wenn wir keine nationalen Minderheiten in Europa hätten, dann müssten wir uns solche ausdenken, denn sie haben diese Brückenfunktion. Und gerade das ist es, was wir in Europa brauchen. Schauen Sie sich das Beispiel von Frankreich und Deutschland an. Jahrhunderte lang gab es Kriege zwischen diesen beiden Ländern. Heute sind diese beiden Länder sehr fortschrittlich in Sachen Demokratisierung und Integration. Sie sind die Vorreiter in punkto Demokratisierung und Integration. Denn es ist ihnen klar geworden, dass es keinen Sinn macht, wegen der Grenzen Kriege zu führen. Für die Franzosen ist es heute egal, ob sie auf dieser oder jener Seite der Grenze leben. Das ist etwas, was wir hier brauchen, in diesem Raum, dass es für die ungarischen Bürger, für die kroatischen Bürger oder für die serbischen Bürger, auch für die Albanier, eines Tages ganz egal sein wird, ob sie auf

dieser oder jener Seite der Grenze leben. Diese Stimmung muss hier entstehen. Dazu kann es kommen, wenn wir uns für die richtigen Ziele einsetzen. Was verstehen wir als richtiges Ziel? Auf jeden Fall ein vereinigtes Europa.

Wolfgang Petritsch

Sie haben bereits eine Frage angesprochen, die mich besonders interessiert. Der größte Erfolg der vergangenen Jahre ist zweifellos die Wiederherstellung der Zusammenarbeit im ex-jugoslawischen Raum. Die regionale Kooperation hat eine wichtige wirtschaftliche und politische Rolle übernommen. CEFTA zum Beispiel, aber auch die vor kurzem erfolgte Übergabe des Stabilitätspaktes für Südosteuropa an den Regionalen Kooperationsrat (RCC) mit Sitz in Sarajewo und einem kroatischen Generalsekretär. Von Europa, von der internationalen Gemeinschaft sind diese Ideen ja ausgegangen, denn man hat in der Region selbst aufgrund der blutigen Auflösung Jugoslawiens keinen großen Wert auf die Wiederherstellung der Zusammenarbeit gelegt. Wie schätzen Sie diese regionale Zusammenarbeit ein? Es gibt ja Befürchtungen in der Region selbst, es könnte die europäische Integration und den Beitritt zur Europäischen Union ersetzen. Die Europäische Union nennt diesen Raum den Westbalkan. Ich weiß, dass das in Kroatien nicht gerne gehört wird. Wie sehen Sie diese regionale Zusammenarbeit? Ist das in der Tat ein Ersatz für den Beitritt zur Europäischen Union? Oder ist das eher doch die Vorbereitung, gleichsam eine durchaus praktische Einübung für den Beitritt zu einer größeren europäischen Gemeinschaft, der Union?

Stjepan Mesić

Ich glaube, dass Sie mit Ihrer Frage zugleich eine Antwort darauf gegeben haben, was wir eigentlich anstreben im Rahmen des regionalen Kooperationsrates. Was wir wollen ist, eine gute Zusammenarbeit herzustellen in der Region. Denn wenn die Zusammenarbeit in der Region gut ist, bedeutet das, dass wir gut nachbarliche Beziehungen pflegen und dass wir eines Tages gute Mitgliedsstaaten sein werden in der EU. Wir wollen keinen Ersatz für die EU. Wir hatten in der Geschichte die Jugoslawische Föderation. Und dieses Modell hat eine Zeit lang funktioniert, so lange es diese integrativen Faktoren gab. Das war einerseits das Charisma von Marschall Tito und andererseits die Kommunistische Partei, die eher einheitlich war, was die nationale Zusammensetzung anbelangte bzw. waren schon mehrere Nationen dort vertreten, aber eine hatte die Oberhand. Und wir hatten auch die jugoslawische Volksarmee als dritten integrativen Faktor. Tito verließ die politische Szene, die Kommunistische Partei ist auseinander gegangen, die jugoslawische Volksarmee sucht einen neuen Alliierten, einen Sponsor sozusagen. Milosevic bat sich da als Sponsor an unter der Voraussetzung, dass die JNA ihm ver helfe, ein Großserbien zu schaffen. Das heißt, Milosevic war überhaupt nicht interessiert an einer politischen Vereinbarung über ein neues Modell. Und ein jedes solches Modell, das man verwirklichen würde durch eine Art Integration oder Vereinigung in unserem Raum, ist nicht überlebensfähig. Freihandel, ja, gute Kooperation, ja, bilaterale, multilaterale Kooperationsvereinbarungen, ja. Aber keinesfalls eine Art Verbindung oder neue Kooperationswege, die einen Ersatz darstellen würden für eine Föderation oder eine Konföderation, keine dieser Formen würden dazu verhelfen, die eigentlichen Ziele zu verwirklichen. Eine Kooperation brauchen wir auf jeden Fall in unserer Region. Es ist auch eine Botschaft an Europa. Denn, wenn wir auf dem Balkan in der Lage sind, unsere Kooperation auszubauen und zu vertiefen, obwohl wir einst einen Krieg geführt haben, dann sind wir auf jeden Fall kooperationsfähig. Und deswegen setze ich mich für eine Zusammenarbeit der Länder der Region ein. Das liegt ja außerdem auch im Interesse der Verwirklichung unserer strategischen Ziele. Diese sind nach wie vor die Aufnahme in die Europäische Union und die Aufnahme in die Nato. Ich hoffe, dass wir auch in Europa diese Art Autismus werden überwinden können. Es gibt diese Autisten, die Befürchtungen haben in Bezug auf die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses. Wir müssen nämlich davon ausgehen, dass ein zersplittertes Europa, ein nicht starkes Europa dann auch nicht einflussreich sein kann in der Welt. Aber ein vereinigtes Europa, das einen Reichtum darstellt wegen der Vielfalt, ein Europa, in dem Frieden herrscht und Krieg nicht mehr als Mittel in Frage kommt, kann als Modell auch für andere Weltteile dienen. Aber wir müssen diesen Schritt nach vorne tun. Wir müssen diesen Fortschritt erzielen. Der Einigungsprozess muss vollendet werden. Denn auch wir als Reformländer können dadurch neue Chancen bekommen.

Ich möchte das auch ganz offen ansprechen. Wir leiden schon an diesen Reformen, dieser Transformation. Es sind schon Ermüdungserscheinungen aufgetreten. Auch Europa ist mittlerweile schon müde durch den langen Integrationsprozess. Und daher müsste man eigentlich diesen Integrationsprozess in Europa beschleunigen. Denn wenn wir in einem Land die Situation vorfinden, dass finanzielle, materielle Möglichkeiten fehlen, die eigentlichen Ziele zu verwirklichen, dann müssen wir dieses Land unterstützen. Es kann sein, dass dieses Land einfach auf humanitäre Hilfe angewiesen ist, eine Unterstützung braucht im Sinne von Nahrung. Aber wenn Sie heute ein

Transformationsland, ein Reformland, vor sich haben, das auf den eigenen Beinen steht, dann kann dieses Land sich um sich selbst kümmern, wird auch seine eigenen Interessen wahrnehmen, aber dieses entwickeltere Land wird auch Hi-Tech und andere Produkte einführen. Auch die entwickelten Länder weltweit sehen da eine Möglichkeit, dort ihre Produkte abzusetzen. Was lohnt sich mehr? Einem Land nur Getreide zu verkaufen, nur Nahrung zu verkaufen, oder einem Land Hi-Tech Produkte zu verkaufen? Sie kennen gewiss das chinesische Sprichwort: Wenn du einem Menschen einen Gefallen tun willst, dann gib ihm nicht einen Fisch, sondern lehre ihn zu angeln. Das gilt auch für Europa. Wir haben ein Potenzial im Südosten Europas. Aber dieses Potenzial muss jetzt mobilisiert werden. In Europa muss aber die Einsicht herrschen, dass das auch eine Investition in die eigene Entwicklung ist.

Wolfgang Petritsch

Ich möchte die regionale Frage etwas verbreitern und Russland einführen. Die Entwicklung in Südosteuropa hat ja in den vergangenen Monaten in Zusammenhang mit der Kosovo-Frage durchaus neben der politischen Dimension, der wichtigen Rolle Russlands als Protektor der serbischen Interessen, gezeigt, dass Russland sich auch zunehmend wirtschaftlich engagiert in Südosteuropa. Sie haben Montenegro erwähnt. Sehr viele Investitionen in Montenegro kommen aus Russland. Dasselbe gilt auch für Serbien, wo es eine sehr bedeutende Investition Moskaus in die serbische Erdöl- und Erdgasproduktion gibt. Wie sehen Sie die Rolle Russlands in Südosteuropa generell und im Zusammenhang mit der Lösung der Kosovo-Frage?

Stjepan Mesić

Was das russische Kapital anbelangt und seinen Einstieg auf die Märkte in Südosteuropa, glaube ich, dass dies eine willkommen zu heißende Entwicklung ist, genau so wie auch das chinesische Kapital in Afrika förderlich sein kann. Denn dieses Kapital wird dazu führen, dass das Potenzial dieser Länder sich weiter entwickelt, denn diese Länder haben aus keinem anderen Erdteil verfügbares Kapital bekommen. Russland ist heute eine Weltmacht. Wir sprechen jetzt nicht mehr über die einstige UdSSR, eine zweigeteilte Welt. Russland ist heute einfach eine Weltmacht. Andererseits gibt es noch den Rest der Welt. Und Europa ist der Erdteil, der durch seine Vereinigung auch sich genau so zu einem mächtigen und einflussreichen Faktor weltweit entwickelt wird. Wir müssen dennoch die Tatsache akzeptieren, dass Russland nicht isoliert sein möchte. Russland möchte nämlich genau so präsent sein im europäischen Raum. Das gilt jetzt nicht nur für den Tourismus in Montenegro, wo es viele russische Investitionen gab. Das gilt nicht nur für Projekte im Bereich der Wirtschaft in Serbien. Die Gazprom ist auch in Deutschland präsent. Die Russen haben auch in die Gasversorgung in Deutschland investiert. Ich glaube, wir brauchen da einfach eine breitere Sichtweise, wenn wir Russland wirklich ernsthaft bewerten wollen. Dort gibt es alles Mögliche, was wir auf der chemischen Tabelle finden. Alle Elemente sind dort verfügbar, ob Gold, Silber usw. Es gibt natürlich die historischen Gründen für diese bedeutsame Stellung Russlands. Aber ich möchte das jetzt nicht vertiefen. Auf jeden Fall ist Russland heute noch nicht in der Lage, dass man sich Gedanken macht über einen Beitritt zur Europäischen Union. Aber jedenfalls hat Russland heute eine solche Entwicklungsstufe erreicht, wo mit der Europäischen Union kooperiert werden kann, wo Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet werden, wo wir heute keine Anspannung mehr haben entlang der Grenze zu Russland, sondern eine Kooperation mit diesem Land zustande kommt. Eine solche Zusammenarbeit mit Russland wird uns in Zukunft ermöglichen, auch die Konflikte dort zu unterbinden. Dann wird es keine Konflikte mehr geben, sondern ausschließlich und allein eine Zusammenarbeit mit diesem Land.

Welche Prozesse dadurch eingeleitet werden oder wie schnell sie sich abwickeln werden, ist schwierig einzuschätzen. Aber wenn der Einigungsprozess in Europa sich als das wichtigste Projekt unseres Zivilisationskreises erweist – und ich glaube, das wird so sein, denn in der Geschichte gab es diese Vereinigungsversuche in Europa, aber alle diese Versuche beruhten auf Gewalt bzw. die Vereinigung wurde vorangetrieben von demjenigen, der damals die Herrschaft in Europa übernehmen konnte, also über die Gewalt verfügte. Heute haben wir es aber mit einer friedlichen Vereinigung Europas zu tun. Zu diesem Einigungsprozess in Europa gibt es keine Alternative. Und daher wird es auch zu einer Zusammenarbeit mit Russland kommen, aber beruhend auf gemeinsamen Interessen. Und da habe ich auch keine Befürchtungen wegen der Präsenz des russischen Kapitals in Südosteuropa. Ganz im Gegenteil, ich hätte Befürchtungen, wenn das russische Kapital unsere Länder umgehen würde. Es gibt Leute, denen sich noch die Haare sträuben, wenn sie den Begriff Balkan hören. Kroatien ist sowohl ein mediterranes Land, ein mitteleuropäisches Land, aber auch ein Balkanstaat. Das ist reine Geografie. Wir dürfen die Geografie dabei nicht aus den Augen lassen.

Kosovo? Russland will Kosovo als vollendete Tatsache nicht anerkennen. Russland verlangt nämlich, dass dieses Problem im Wege von Verhandlungen gelöst wird. Aber Serbien hatte schon immer eine falsche Politik gegenüber dem Kosovo vertreten. Sie wissen ja, dass vor dem Zweiten Weltkrieg im Kosovo die Albaner die dort eigentlich Ansässigen waren. Die Albaner lebten nicht nur im Kosovo sondern in diesem gesamten Gebiet, einst Illyrien. Das Gebiet, wo sich heute Kroatien befindet, gehörte einst auch zu Illyrien. Die Albaner gehörten zu den illyrischen Stämmen und haben sich hier angesiedelt noch vor den Römern. Jetzt in der jüngsten Geschichte hatte Serbien gegenüber diesen Albanern immer eine falsche Politik geführt. Sie wurden nicht als Gleichberechtigte aufgefasst. Man hat ihnen das Recht auch Gleichberechtigung abgesprochen. Sie hatten nicht einmal das Recht auf Unterricht in eigener Sprache. Sie hatten nicht das Recht auf eigene Schulen, die eigene Sprache zu benutzen. Und das sind immerhin zwei Millionen Menschen, über die wir hier sprechen.

Nach dem Fall von Milosevic hätte Serbien unter den Albanern Kooperationsmöglichkeiten suchen müssen. In Serbien hat man sich ja nur um diese 150.000 Serben gekümmert. Dabei hat man diese zwei Millionen Albaner im Kosovo aus den Augen gelassen. Das geht ja nicht. Da kann das Kalkül nicht aufgehen. Russland betrachtet jetzt die Unabhängigkeit des Kosovo als eine Art Präzedenzfall. Sie gehen dann immer von der eigenen Situation aus. Zu Zeiten der UdSSR gab es dort auch Republiken. Und diese waren autonom. Diese Republiken oder autonomen Provinzen damals waren in der einstigen UdSSR kein konstitutiver Bestandteil der damaligen Sowjetunion. Im Gegensatz zu Kosovo. Denn Kosovo war ein konstitutiver Bestandteil von Exjugoslawien. Diese konstitutiven Rechte können jetzt nicht nur von den Serben in Anspruch genommen werden, sondern müssen auch für die Albaner gelten. Deswegen hätte man eine Lösung im Wege von Verhandlungen suchen müssen. Serbien hatte keine Kapazitäten, um die Macht aufrechterhalten zu können, um Kosovo regieren zu können. Serbien hatte auch keine Kapazitäten, um die Verhandlungen fortzusetzen. Sie hatten nichts anderes anzubieten. Was hat Kostunica gesagt? Wir bieten ihnen etwas mehr als Autonomie an und weniger als Selbstständigkeit. Was ist das eigentlich? Wir haben keine klaren Inhalte von ihm gehört. Welche Inhalte stehen dahinter? Wir konnten keine Inhalte aus dieser Aussage entnehmen, und auch die Kosovaren konnten das nicht.

Milosevic hat große Fehler gemacht. Er hat eigentlich alle Kriege angezettelt, den kurzen Krieg in Slowenien, den Krieg in Kroatien, der lange dauerte, den brutalen Krieg in Bosnien und Herzegowina, und letztendlich den auf den Völkermord ausgerichteten Krieg im Kosovo. Schlussendlich hat Milosevic entschieden, die zwei Millionen dort lebenden Albaner, also Kosovaren, aus dem Kosovo zu vertreiben, obwohl sie dort ansässig waren. Warum? Er wollte dort ein freies Gebiet schaffen für die Serben aus Kroatien, die er auch täuschte. Er hat die Serben zu den Waffen gerufen, zum Aufstand aufgerufen, damit sie dann als Mitgift die kroatischen Gebiete, wo Serben lebten, Großserbien mitbringen. Als ihm dies misslungen ist, wollte er diese Serben im Kosovo ansiedeln. Aber dieser Plan ist auch misslungen. Deswegen müssen wir an die Serben aus Kroatien appellieren, denn sie sind auch Opfer des Regimes Milosevic's, nach Kroatien zurückzukehren, wo sie Staatsbürger waren. Das liegt ja auch in unserem nationalen Interesse. In seiner gesamten Politik war Milosevic inkonsequent. Er hat der Völkergemeinschaft beteuert, dass er sich für die Aufrechterhaltung Jugoslawiens einsetze. Die Welt hatte gewisse Ressentiments gegenüber Jugoslawien. Andererseits hat er auch die Serben getäuscht, dass sie einen gebührenden Platz bekommen werden in Serbien, wenn sie dieses Gebiet in Kroatien mitbringen werden. Er hat also auch die Serben in Serbien getäuscht, denn er hat versucht, ihnen zu erklären, dass sie ihr Glück in der Eroberung fremder Gebiete suchen sollen. Anstatt dass sie ihr Glück innerhalb der Grenzen des eigenen Landes suchen, hat er sie dazu verleitet, das Glück außerhalb der Grenzen Serbiens zu suchen. Das war eine verheerende Politik, die zu ethnischen Säuberungen geführt hat in diesem gesamten Gebiet. Denn diese ethnischen Säuberungen waren gedacht, um Serbien zu vergrößern.

Was wollte Milosevic noch verwirklichen? Wir hatten ja zwei Millionen Albaner. Er hätte sie am liebsten nach Albanien vertrieben, eine Million in Richtung Albanien, die andere Million in Richtung Mazedonien. Dazu hätte er sowohl Mazedonien destabilisiert wie auch Albanien. Dann hat er auch damit gerechnet, dass er in diesem Teil Europas die stärkste Position einnehmen wird und dass sich dann Europa auch an ihn wenden wird im Sinne, er möge Albanien befrieden und auch dazu beitragen, dass die Lage in Mazedonien beruhigt wird. Aber die Völkergemeinschaft hat ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht, denn die Nato ist eingeschritten. Durch die Nato Eingriffe konnte die Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo verhindert werden. Die Serben haben dennoch den Kosovo nicht verlassen. Und da haben wir die jetzige Lage. Serbien hat jetzt nicht diese Katharsis durchgemacht.

In Serbien ist man sich nicht dessen bewusst geworden, dass durch diese Politik, die es noch unter Milosevic gab, also dass Serbien auf andere Länder ausgedehnt werde, den größten Schaden Serbien selbst erlitten hat. Gerade deswegen, weil es zu dieser Katharsis dort noch immer nicht gekommen ist, haben wir heute in Serbien eine serbische radikale Partei, die sehr stark ist und noch immer ihre strategischen Ziele darin sieht, dass es zu einer Ausdehnung Serbiens kommen sollte. Das heißt, sie würden am liebsten Serbien auf ein Drittel Kroatiens ausdehnen und mehr als 60% von Bosnien und Herzegowina. Was ihnen noch in die Hand spielt, das sind solche Leute wie Dodik. Er lebt zwar in Bosnien, aber er kennt diesen Staat überhaupt nicht an. Sarajevo ist für ihn überhaupt nicht die Hauptstadt von Bosnien und Herzegowina. Wir haben dort eine verrückte Situation, die an Schizophrenie grenzt. Denn er ist der Führer einer Entität in Bosnien und Herzegowina. Und nun zurück zum Thema Fußball. Wir haben schon lange nicht über Fußball gesprochen. Wenn es ein Fußballspiel gibt, dann ist er auf Seiten nicht von Bosnien und Herzegowina, sondern entweder von Serbien oder von einem anderen Land, auf jeden Fall drückt er nicht für Bosnien und Herzegowina die Daumen. Ja, Sie sehen, wie dort die Lage ist.

Fragen aus dem Publikum

Frage

Sie haben gesagt, dass eine Autobahn durch Albanien gebaut werden sollte. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass das eine vollendete Tatsache ist. Es gibt diese zweispurige Autobahn, die schon in Richtung Albanien führt, aus der anderen Richtung natürlich.

Stjepan Mesić

Ich kann bestätigen, dass der Ausbau eines Teils dieser Autobahn schon erfolgt ist. Aber diese Adria Autobahn, die in Richtung ionisches Meer führt, müsste von Italien über Kroatien weiterführen bis zu Montenegro. Die kroatische Autobahn wird bis 2010 ausgebaut. In Montenegro haben wir überhaupt noch keine Autobahn. Sie waren noch nicht in der Lage, diese Verkehrsrichtung auszubauen. Und auch in Griechenland ist noch nichts geschehen in dieser Richtung. Das ist eine Prüfung. 1957 gab es schon diese Bestrebung. Damals wollte man diese Adria Magistrale ausbauen. Damals gab es diese Entscheidung im alten Jugoslawien. Das ist noch ein uraltes Projekt. Das ist nicht ein Projekt, das erst gestern entstanden ist. Diese Autobahn, die in Richtung Albanien führen würde, ginge bis zur Grenze Griechenlands. Sie müssen wissen, dass die Adria Küstenstraße durch Dörfer und Städte verläuft. Das ist in der Tat keine Autobahn. Was wir wollen, ist eine Autobahn. Das ist die wichtige Verkehrsverbindung, die die Völker und Länder miteinander verbindet.

Frage

Ich war in der Nachkriegszeit Funktionär der Sozialistischen Jugend. Da hat es mehrschienige Kontakte gegeben. Der damalige Präsident der Sozialistischen Jugendinternationale Peter Strasser, der leider jung verstorben ist, hat in Zadar ein großes internationales Jugendcamp organisiert. Nicht nur Europäer, auch Asiaten und Afrikaner waren dort. Es war eine ganz wunderbare Sache. Das ist über die Jugendinternationale primär von Wien organisiert worden. Es war ein interessantes Erlebnis. Wir haben viele Diskussionen gehabt. Ein tolles Zeltlager, das die Jugoslawische Volksarmee aufgebaut hat. Mein Zeltnachbar war mein langjähriger Freund Charly Blecha, der dann Innenminister war. Daneben waren zwei Afrikaner von der Goldküste, die dann führende Funktionen in ihrem jungen Staat hatten. Einige Jahre später war ich Betriebsrat bei Elin. Elin hat als Elektroindustrieunternehmen Kontakte zu einem Werk in Zadar gehabt. Die haben eine Zusammenarbeit auf technischer, wirtschaftlicher Ebene gehabt. Der Vorschlag war, ein Sportlertreffen zu organisieren. Ich hatte die Aufgabe, das für die österreichische Seite zu machen. Wir haben Fußball gespielt im Raum Zagreb. Der jugoslawische Partner, der kroatische Partner, der in Wien das organisieren hätte sollen, ist dann leider nicht gekommen. Wir haben gefragt, was mit ihm los ist. Keine Antwort. Nach langem hin und her haben wir erfahren, dass man ihm nachgewiesen hat, dass er bei der Ustascha war und verschwunden ist. Nun haben wir im Zuge der Fußballeuropameisterschaft gehört, dass die Ustascha immer noch präsent ist. Wie weit ist es Ihnen gelungen, die Ustascha wegzubringen?

Frage

Ich arbeite für eine Plattform der sozialen NGOs in der EU. Ich weiß, dass zur Zeit eine Stimmung in der Europäischen Union ist, die nicht unbedingt wirklich freundlich ist und mit großer Skepsis vor allem auf der Ebene des einzelnen Bürgers stattfindet. Ich fahre im November mit der sozialen Plattform zu einem Networking-Besuch nach Kroatien.

Es geht dabei immer um die Auseinandersetzung und um die Beobachtung, wie schaut es aus mit dem Aufbau der Zivilgesellschaft, der organisierten Zivilgesellschaft. Inwieweit gibt es hier Fortschritte? Inwieweit ist die EU-Skepsis in Ihrem Land gegeben und zwar auf dem persönlichen Level? Wie stark ist das? Und inwieweit sehen Sie Möglichkeiten gerade auch in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, hier die Diskussion zu forcieren und günstig zu beeinflussen?

Stjepan Mesić

Es ist gewiss, dass es in Kroatien wie auch in anderen Ländern noch diejenigen gibt, die es noch immer nicht verstanden haben, was sich im Zweiten Weltkrieg abgespielt hat. Sie sind sogar der Meinung, dass man die Geschichte, dass man den Ausgang des Zweiten Weltkrieges anders beschreiben, anders formulieren kann. Das ist aber schier unmöglich. Es muss auch gesagt werden, dass die Ustascha das schlimmste Übel war, das dem kroatischen Volk zustoßen konnte. Bei uns gibt es keine relevanten Kräfte, die die demokratische Ausrichtung Kroatiens gefährden könnten. Wir haben keine Ustascha in Kroatien. Wir hatten sie. Nach der Unabhängigkeit Kroatiens und nach dem Anfang des Krieges, nach der Aggression, die gegenüber Kroatien ausgeübt wurde, gab es in der Tat diese nationale Bewegung, diese Anspannung. Es wurden auch in Schulbüchern die geschichtlichen Ereignisse so dargestellt, dass man einfach die Tatsachen missachtet hat. Mit anderen Worten, es gab zu dieser Zeit auch diese Gefahr, dass die junge Generation, dass die Jugend keine richtigen Informationen über die Geschichte bekommt. Jetzt gibt es diesen Zustand nicht mehr. Die Situation ist jetzt ganz anders. Diese Probleme konnten wir beseitigen. Was die Schulbücher, besonders die Geschichtsbücher anbelangt, dort wird die Geschichte so ausgelegt, wie sie sich ereignet hat. Denn nur das, was sich in der Geschichte ereignet hat, kann auch den Schülern beigebracht werden im Rahmen des Unterrichts. Aber wir haben andererseits auch Jugendliche, die vielleicht nicht verstehen, welche Verbrechen die Ustascha begangen hat, was die Ustascha überhaupt gemacht hat. Das können Sie auch nachvollziehen. Das ist die Generation, die die Schule nach der Unabhängigkeit Kroatiens besucht hat. Sie wissen gar nicht, was ein KZ war, ein KZ wie Jasenovac, wo 80.000 Leute umgebracht wurden. Diese jungen Leute wissen auch nicht, was sich in der Kirche in einer Ortschaft abgespielt hat, wo 6.000 Orthodoxe zuerst getauft und danach hingemetzelt wurden. Nicht alle, einer hat es überlebt. Diese junge Generation war sich dieser geschichtlichen Ereignisse überhaupt nicht bewusst. Sie wissen gar nicht, was sich im Zweiten Weltkrieg abgespielt hat. Sie mussten dann erfahren, was da los war. Wären alle Kroaten Ustaschas gewesen, dann hätte vielleicht auch der Zweite Weltkrieg ein anderes Ende genommen. Aber Sie müssen wissen, dass nach der Kapitulation Deutschlands wir noch Überreste hatten dieser damaligen kroatischen NDH Armee, die Widerstand geleistet haben. Dieser Widerstand dauerte noch acht Tage lang. Das waren vor allem die Wächter aus dem KZ Jasenovac. Das waren 1.500 Wächter, die vier Jahre lang dort Terror ausgeübt haben. Logisch war, dass sie jetzt nicht einfach aufgeben wollten. Pavelic hatte auch eine Leibesgarde. Und seine Leibesgarde hat viele Verbrechen begangen. Sie wollten sich auch nicht der anderen Seite überstellen. Auch andere, die Verbrechen begangen haben, wollten auch nicht, dass ihnen der Prozess gemacht wird. Gerade deswegen ist es auch dazu gekommen, dass nach der Übergabe dieser Trupps es in der Tat zu einem Vergeltungszug gekommen ist. Das ist etwas, was wir nicht rechtfertigen können. Aber niemand kann behaupten, dass diejenigen, die vier Jahre lang gemordet haben in KZs, alle unschuldig waren. Es macht keinen Sinn, dass diese Menschen, die zwar Opfer sind, weil ihnen kein fairer Prozess gemacht wurde, weil sie nicht vor Gericht gestellt wurden. Aber wir können dennoch nicht sagen, dass diese Menschen überhaupt keine Verantwortung hatten für die Verbrechen, die damals begangen wurden, für die Ereignisse aus dieser Zeit. Sie sind Opfer nur deswegen, weil sie nicht vor Gericht gestellt wurden. Und den jungen Leuten von heute müssen wir auch dies erklären. Ja, sie waren einerseits Opfer, sind ums Leben gekommen, aber haben andererseits Tausende und Abertausende von Toden verschuldet, zu denen es in den KZs kam. Sie sind auch dessen schuldig, dass die Leute auf diese oder jene Weise hingerichtet wurden. Wir haben versucht, diese Fehler aus der Vergangenheit wieder gut zu machen. Vorfälle gibt es immer. Aber ich glaube, dass wir in dieser Hinsicht keine Probleme haben werden, dass uns dies künftig nicht belasten wird.

Nun zur Frage der Entwicklung der zivilen Gesellschaft in Kroatien. In der demokratischen Gesellschaft können NGOs blühen, einen Aufschwung erleben. Wir haben in Kroatien heute mittlerweile hunderte von Nichtregierungsorganisationen. Die Bürger vereinigen sich heute in diesen Organisationen, um ihre eigenen Interessen wahrzunehmen. Es gibt ein Gesetz, das die Arbeit solcher Verbände regelt. Es liegt auch in unserem Interesse, dass diese zivilen Organisationen Kontakte aufnehmen und eine Kooperation herstellen mit ähnlichen Organisationen in Europa, weil wir das als Bereicherung sehen.

Frage

Sie haben sehr viel über Kosovo gesprochen. Aber was mich interessieren würde, ist etwas anderes. Sie wissen sehr wohl, dass in Österreich die Frage der slowenischen Minderheit noch nicht geregelt wurde, besonders in Kärnten. Ich lebe hier seit fünfzehn Jahren und weiß nicht, warum es hier ein Problem gibt mit der Aufstellung der zweisprachigen Tafeln. Ich kann mich noch erinnern, wie das einst war. Das könnte ja das Miteinander verbessern. Was würden Sie sagen über die Stellung, die Position der kroatischen Minderheit in Österreich? Sie haben auch gesagt, dass die Minderheiten eine Art Brücke darstellen zwischen den Völkern. Ich glaube, das trifft gerade für die kroatische Minderheit zu.

Stjepan Mesić

Sehr oft nehme ich das Beispiel der kroatischen Minderheit im Burgenland. Ich hebe es als positives Beispiel hervor, um dadurch zu zeigen, wie sich eine Gemeinschaft in einer Gesellschaft von Gleichberechtigten integrieren kann, wobei man die eigenen nationalen Wurzeln und die eigene Herkunft nicht vergisst. Ich glaube, dass das institutionell gut gelöst ist. Was Kroatien anbelangt, die Burgenland-Kroaten sind eine Brücke zwischen Kroatien und Österreich.

Frage

Sie haben in Ihrem Vortrag erwähnt, dass die Minderheiten Bindegliedfunktion haben werden. Wie ist das mit Makedonien? Das ist doch ein Land, um das sich immerhin drei Länder gestritten haben, Bulgarien, Griechenland und Ex-Jugoslawien. Wie wird da die Rolle Makedoniens sein?

Stjepan Mesić

Es gab in der Tat Bestrebungen von drei Seiten, einen Teil des Gebiets Mazedoniens in Anspruch zu nehmen. Aber Mazedonien hat während des Zweiten Weltkrieges seine Unabhängigkeit erlangt, und diese Unabhängigkeit wurde dann auch anerkannt in den Nachkriegsjahren. Es ist zwar zu einem offenen Konflikt gekommen nach den jüngsten Kriegen in Ex-Jugoslawien. Mazedonien konnte zwar einen durch Milosevic aufgedrängten Krieg vermeiden, doch ist es zu den Auseinandersetzungen zwischen den zwei Völkern, die dort leben, gekommen. Aber gut, es gab da eine historische Vereinbarung, ein Abkommen und anhand dieses Abkommens konnte dieses Problem gelöst werden. Es stellt sich aber nun die Frage, wie können wir dieses Abkommen umsetzen? Denn es handelt sich hierbei um die albanische Minderheit in Mazedonien. Ich glaube, dass im Rahmen dieser politischen Vereinbarung, die erzielt wurde von den Vertretern beider Völker, auch eine langfristige Lösung wird finden können, die für beide Seiten auch zufriedenstellen sein wird. Das Wesentliche dabei ist, dass Mazedonien dieses Recht unter Beweis gestellt hat, einen eigenen Staat zu haben. Was ich hier bedaure ist, dass man keine Lösung mit Griechenland findet. Denn für Griechenland ist das eine rein politische Frage, was die Bezeichnung, den Namen von Mazedonien anbelangt. Und für Mazedonien ist es eine Frage von nationalem Interesse, die auch mit der nationalen Identität eng zusammenhängt. Sowohl die Griechen wie auch die Vertreter Mazedoniens müssen sich an einem Tisch versammeln, um eine Lösung für dieses Problem zu finden. Denn es ist nicht möglich, dass man diese Frage einfach offen lässt. Es ist unvorstellbar, dass ein Land den Namen trägt Former Yugoslav Republic of Macedonia, also ehemalige jugoslawische Republik. Ehemalig, was heißt denn das? Niemand kann eine ehemalige Republik sein. Mazedonien ist heute auch eine bestehende Republik. Es ist ja lächerlich, ein Land so zu bezeichnen.

Wolfgang Petritsch

Ich möchte dem Herrn Staatspräsidenten sehr herzlich danken für seine engagierten und offenen Worte. Ich glaube, es war eine informative und aufschlussreiche Diskussion. Wie Bundeskanzler Vranitzky gesagt hat, es ist uns eine große Ehre, Sie hier zu haben, Herr Staatspräsident. Vielen herzlichen Dank.